



15. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Inklusion

Gremium: Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion

Sitzungstermin: Dienstag, 15.12.2015, 18:00 Uhr

Ort, Raum: Raum 405, Hegelallee, Haus 1

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 03.11.2015 und vom 17.11.2015 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 2 **Informationen der Verwaltung**
- 3 **Berichte aus den Beiräten und dem Inklusionsgremium**
- 4 **Wahl eines Mitgliedes des GSI-Ausschusses in die Trägerversammlung des Jobcenters Potsdam**
- 5 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**
 - 5.1 Antragsformular zur Ermäßigung oder Befreiung von der Personalausweisgebühr
15/SVV/0703 Fraktion DIE aNDERE
- *Wiedervorlage* -
 - 5.2 Soziale Arbeit mit Flüchtlingen in der Landeshauptstadt Potsdam
15/SVV/0743 Fraktion DIE LINKE
- *Wiedervorlage* -
 - 5.3 Berücksichtigung von Vorbereitungsklassen bei der Planung/Errichtung von Schulneubauten
15/SVV/0800 Fraktion CDU/ANW, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 6 **Sonstiges**



Niederschrift

13. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Inklusion

Sitzungstermin: Dienstag, 03.11.2015
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 19:56 Uhr
Ort, Raum: Raum 1.077, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

Anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Kati Biesecke	DIE LINKE	bis 19:10 Uhr
Frau Jana Schulze	DIE LINKE	
Frau Birgit Eifler	Bündnis90/Die Grünen	Sitzungsleitung
Frau Irene Kamenz	Bürgerbündnis-FDP	

zusätzliches Mitglied

Frau Christine Anlauff	DIE aNDERE	
------------------------	------------	--

sachkundige Einwohner

Frau Angela Basekow	SPD	
Frau Christiane Dreusicke	CDU/ANW	
Frau Olga Gelfand	Migrantenbeirat	
Frau Gudrun Hofmeister	DIE LINKE	ab 18:05 Uhr
Herr Axel Mertens	Bündnis90/Die Grünen	ab 18:10 Uhr
Herr André Noack	DIE LINKE	
Herr Karsten Oqueka	Potsdamer Demokraten/BVB	
	Freie Wähler	
Herr Wolfgang Puschmann	Seniorenbeirat	
Frau Monique Tinney	DIE aNDERE	

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Imke Eisenblätter	Bürgerbündnis	entschuldigt
Herr Hans-Wilhelm Dünn	CDU/ANW	entschuldigt

sachkundige Einwohner

Frau Nicole Einbeck	Behindertenbeirat	entschuldigt
Frau Barbara Müller	Bürgerbündnis-FDP	entschuldigt
Herr Bertram Otto	SPD	entschuldigt

Beigeordnete

Frau Elona Müller-Preinesberger	Beigeordnete Geschäftsbereich	entschuldigt
---------------------------------	-------------------------------	--------------

3

Gäste:

Frau Magdolna Grasnack	Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
Herr Frank Thomann	FB Soziales und Gesundheit
Herr Dr. Heinz Buri	Stiftung Preußische Schlösser und Gärten
Frau Otte	Stiftung Preußische Schlösser und Gärten
Frau Uta Kitzmann	Bereich Gesundheitssoziale Dienste und Senioren
Herr Andy Fenrich	Bereich Gesundheitssoziale Dienste und Senioren
Frau Nicole Prestin	Bürgerservicecenter
Frau Martina Spyra	Schriftführerin

Tagesordnung:**Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 22.09.2015 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 2 Informationen der Verwaltung
- 3 Berichte aus den Beiräten und dem Inklusionsgremium
- 4 Vorstellung der Maßnahmen der SPSG für die Herstellung von Barrierefreiheit in
den Preußischen Schlössern und Gärten
- 5 Vorstellung der Servicestelle für Kinder und Jugendliche mit Behinderung
- 6 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 6.1 Antragsformular zur Ermäßigung oder Befreiung von der
Personalausweisgebühr
Vorlage: 15/SVV/0703
: Fraktion DIE aNDERE
überwiesen in GSI, FA
- 7 Sonstiges

Niederschrift:**Öffentlicher Teil****zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die stellvertretende
Ausschussvorsitzende, Frau Birgit Eifler.

zu 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 22.09.2015 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Frau Eifler stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 4 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist die Beschlussfähigkeit des Ausschusses gegeben.

Abstimmung zur Niederschrift vom 22.09.2015

Frau Eifler stellt die Niederschrift zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

Abstimmung zur Tagesordnung:

Frau Biesecke bittet, den Antrag 15/SVV/0703 „Antragsformular zur Ermäßigung oder Befreiung von der Personalausweisgebühr“ vorzuziehen und nach TOP 3 zu behandeln.

Frau Eifler bittet um Abstimmung über die Änderung der Reihenfolge der Beratung der Tagesordnungspunkte.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

Anschließend stellt Frau Eifler die so geänderte Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

zu 2 Informationen der Verwaltung

Aktuelle Flüchtlingssituation

Herr Thomann informiert, dass in diesem Jahr bisher 108 Wohnungen übernommen wurden, davon wurden 15 direkt zum Abschluss eines Mietvertrages an Flüchtlinge übergeben. Die restlichen Wohnungen wurden durch die Landeshauptstadt Potsdam angemietet und Flüchtlingen zur Verfügung gestellt.

Von den genannten 108 Wohnungen wurden 91 Wohnungen durch die ProPotsdam GmbH, 2 durch Genossenschaften und 15 durch private Vermieter zur Verfügung gestellt. Für 74 Wohnungen wurde ein befristeter Mietvertrag abgeschlossen. 34 Wohnungen werden unbefristet vermietet.

Auf Nachfrage informiert er, dass sich die Befristungen im Zeitrahmen von 3 Monaten bis 2 Jahre bewegen. Er bietet an, die Übersicht dazu als Anlage zum Protokoll zur Verfügung zu stellen.

Herr Thomann weist darauf hin, dass laut aktueller Prognose in diesem Jahr durch die Landeshauptstadt Potsdam 1.596 Flüchtlinge unterzubringen sind. Ca. 1.050 Flüchtlinge wurden bisher aufgenommen. Für das Jahr 2016 wird mit einem weiteren Flüchtlingsstrom von 2000 Personen gerechnet, die in Potsdam unterzubringen sind. Diesbezüglich werden Gespräche mit mehreren Investoren geführt.

In der 47. Kalenderwoche soll mit dem Aufstellen von Leichtbauhallen an vier Standorten begonnen werden. Pro Standort können dann bis zu 96 Personen untergebracht werden.

Die Gemeinschaftsunterkunft An den Kopfweiden steht kurz vor der Eröffnung. Die Übergabe soll voraussichtlich in der 47. Kalenderwoche erfolgen.

Derzeit befindet sich die Verwaltung in Verhandlungen mit dem Investor des ehemaligen Landtags. In dem Objekt könnten bis zu 472 Personen Unterkunft erhalten. Eine entsprechende Entscheidungsvorlage für den Hauptausschuss wird vorbereitet. Danach könnte das Objekt im Februar 2016 belegt werden. Weitere Standorte für 2016 befinden sich in der Prüfung. Wenn die Pläne aufgehen, können 2016 die zu erwartenden Flüchtlinge untergebracht werden. Herr Thomann teilt mit, dass er mit dem Land im Gespräch ist, dass für die nächsten zwei Wochen von Zuweisungen abgesehen wird.

Für alle Standorte werden Betreuungsverträge abgeschlossen. Bisher gibt es in der Landeshauptstadt Potsdam vier Träger, die die Betreuung der Flüchtlinge realisieren.

Frau Tinney spricht die Betreuung und Beratung von Flüchtlingen in Wohnungen an und weist darauf hin, dass der Vertrag dazu gekündigt wurde.

Herr Thomann informiert, dass ein Auswahlverfahren durchgeführt und eine entsprechende Beschlussvorlage für die Stadtverordnetenversammlung erarbeitet wurde.

Frau Schulze spricht die Hinweise auf den Informationsveranstaltungen für Anwohner hin, auf denen die Verwaltung betont hat, dass die Flüchtlinge so kurz wie möglich in den Leichtbauhallen unterbracht ein und schnellstmöglich in feste Unterkünfte umziehen sollen.

Herr Thomann betont, dass insbesondere Familien in festen Einrichtungen untergebracht werden.

Frau Anlauff fragt, ob es richtig ist, dass das ehemalige Landtagsgebäude zum 01.02.2016 als Flüchtlingsunterkunft genutzt wird.

Herr Thomann bestätigt dies und teilt mit, dass die Gremien zeitnah beteiligt werden. Der Ausbau bedarf keiner umfangreichen Maßnahmen. Bei Eröffnung im Februar 2016 wird es voraussichtlich eine leichte Überkapazität geben.

Frau Dreusicke hat gehört, dass die Landeshauptstadt Potsdam Flüchtlingskinder, die kein Bleiberecht haben, zu unterrichten oder in Kitas zu betreuen.

Frau Thomann hat davon keine Kenntnis.

Frau Basekow erklärt, dass jedes Kind so schnell wie möglich in eine Kita oder Schule vermittelt wird.

Herr Thomann sagt zu, die Information nachzureichen.

Frau Grasnick erklärt, dass alle schulpflichtigen Kinder, die nach Potsdam verteilt wurden, auch beschult werden.

Seniorenplan

Frau Kitzmann weist darauf hin, dass Ende 2015 der Seniorenplan vorliegen sollte. Aufgrund der gegebenen Situation ist dies nicht zu leisten. Die Gesundheits- und Sozialplanerin hat die LHP verlassen. Auch aktuelle Flüchtlingssituation bindet personelle Kräfte.

Sie teilt mit, dass im Januar 2016 eine Beteiligungswerkstatt mit Beteiligten vor Ort durchgeführt wird und dann ab Februar die Einbringung in die Gremien erfolgen soll.

Schulabschlussbetreuung

Frau Kitzmann erinnert daran, dass zur Schulabschlussbetreuung ein Interessenbekundungsverfahren unter Beteiligung jeweils einer Vertreterin des GSI-Ausschusses und des Jugendhilfeausschusses durchgeführt wurde. Insgesamt 9 Träger wurden angeschrieben. Davon haben 4 Träger ihr Interesse bekundet.

Am 14.10.2015 waren die Verhandlungen abgeschlossen. Die Zuschlagserteilung erfolgte an den Leistungserbringer Oberlinhaus LebensWelten.

Da es dem Träger nicht möglich ist, innerhalb von 14 Tagen das erforderliche fachliche Personal arbeitsrechtlich zu binden, soll der Beginn der Maßnahme nun der 04.01.2016 sein. Zu Beginn der Maßnahme wird es eine Anlaufphase mit 5 Kindern und Jugendlichen. Zum 01.02.2016 soll die Kapazität voll mit bis zu 15 Jugendlichen ausgeschöpft sein.

Die Vertreter der Elterninitiative wurden unverzüglich informiert. Das Oberlinhaus lädt selbst zur ersten Elternversammlung am 08.12.2015 ein.

Kindergesundheitshaus

Herr Thomann informiert, dass es zur Einrichtung eines Kindergesundheitshauses zwei Treffen gegeben hat. Im zweiten Treffen wurde eine Prüfung der Schnittstellen des Öffentlichen Gesundheitsdienstes, des Ernst von Bergmann Klinikums, der ambulanten Frühförderstellen, des Sozialpädiatrischen Zentrums und des FB Kinder, Jugend und Familie vereinbart. Dabei soll u.a. geprüft werden, wer welchen Kundenkreis betreut. Dazu wird eine Matrix erstellt.

Die nächste Beratung findet am 16.11.2015 statt. Im Dezember 2015 soll dann eine Information erfolgen.

Psychiatriekoordination

Herr Thomann informiert, dass die Stellenausschreibung jetzt erfolgt. Die Stelle wird 70 % Psychiatriekoordination und 30 % Ehrenamtskoordination beinhalten. Bis zur Besetzung der Stelle erfolgt die Koordination durch die Arbeitsgruppenleitung Planung und Steuerung im Fachbereich Soziales und Gesundheit.

Abschließend verweist Frau Eifler auf die Bitte von Frau Schulze, über das Bündnis für Beschäftigung zu informieren. Die Information erfolgt in der Sitzung am 17.11.2015 durch Frau Müller-Preinesberger.

zu 3 **Berichte aus den Beiräten und dem Inklusionsgremium**

Frau Grasnick berichtet, dass im **Inklusionsgremium** der Entwurf des 1. Evaluationsberichtes des Teilhabeplans vorgestellt wurde. Der Bericht hat die gleichen Strukturen wie der Teilhabeplan. Die Fachbereiche sollen nun den Bericht kritisch prüfen und Rückmeldung geben. Danach wird Bericht in leichte Sprache übersetzt und veröffentlicht.

Das Gremium hat verabredet, dass der Bericht in Februar/März 2016 in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht diskutiert werden soll, um über das weitere Verfahren zu beraten. Das Inklusionsgremium trifft sich im Januar 2016. Sie teilt mit, dass am 03.11.2015 auch die Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung den Bericht zur kritischen Prüfung erhalten haben.

Frau Gelfand teilt mit, dass im **Migrantenbeirat** das Projekt "Unterstützung in Vielfalt - Interkulturelle Öffnung der Jugendhilfe" vorgestellt wurde.

Herr Puschmann berichtet, dass der **Seniorenbeirat** am 01.10.2015 den Tag der Älteren Generation begangen hat. Er spricht der Stadtverwaltung, insbesondere an Frau Kitzmann, seinen Dank für die aktive Unterstützung aus. Es gab ein sehr positives Feedback. Auch die älteste Einwohnerin von Potsdam (106 Jahre alt) war anwesend.

Die Führungen durch Landtag, Filmmuseum und Potsdam Museum wurden gut angenommen.

Des Weiteren hat sich der Seniorenbeirat auch mit der Flüchtlingsthematik befasst. In der Erstaufnahmestelle des Landes in der Heinrich-Mann-Allee wird durch Senioren Frühstück ausgegeben. Es wird Deutschunterrichtet gegeben. Weitere Unterstützungsmöglichkeiten werden derzeit gesucht.

Herr Puschmann informiert, dass die AG „Wohnen im Alter“ wieder in den Stadtteilen vor Ort tagen wird. Am 13.11.2015 werden AG Wohnen und AG Soziales aufgrund der übergreifenden Schwerpunkte gemeinsam tagen.

Die nächste Sitzung des Seniorenbeirates findet am 01.12.2015 im Evangelischen Zentrum für Altersmedizin statt. Herr Puschmann macht darauf aufmerksam, dass die Beiratssitzungen immer öffentlich sind. Im Januar/Februar 2016 wird im SEKIZ getagt. Dann wird der aktuelle Stand der Flüchtlingsproblematik thematisiert sowie Schwerpunkte in den einzelnen Arbeitsgemeinschaften.

Frau Eifler berichtet, dass am 15.10.2015 das **Forum für Menschen mit Behinderung** stattgefunden hat. Als Schwerpunktthema wurde das Persönliche Budget behandelt. Aber auch das Thema Reisen für Menschen mit Behinderung wurde besprochen.

zu 4 **Vorstellung der Maßnahmen der SPSG für die Herstellung von Barrierefreiheit in den Preußischen Schlössern und Gärten**

Herr Dr. Buri (SPSG) erläutert eingangs mit Hilfe einer Präsentation die Ausgangssituation. Er teilt mit, dass ein Maßnahmenplan mit 83 Positionen erarbeitet wurde, die jetzt durch die einzelnen Abteilungen abgearbeitet werden

müssen. Dazu gehört auch, dass das Personal gezielt geschult werden muss. im Rahmen eines Modellprojektes soll die Bildergalerie vom Grünen Gitter aus barrierefrei zu erreichen sein.

Herr Dr. Buri weist darauf hin, dass es den Auftrag gibt, allen Menschen den Zugang zu ermöglichen. Er macht dabei aber auch deutlich, dass es immer auch einen Abwägungsprozess geben muss. Es wird in den historischen Park- und Schlossanlagen keine 100 %ige Barrierefreiheit geben können.

Frau Otte (SPSG) informiert, dass es durch eine Förderung der Stiftung Mensch möglich ist, die Mitarbeiter in Potsdam und Berlin entsprechend zu schulen.

In Potsdam gibt es eine Zusammenarbeit mit Herrn Christoph Richter. Es sollen z.B. auch neue Stadtpläne gestaltet werden, in denen auch der empfohlene barrierearme Weg der Schlösserstiftung enthalten sein wird.

Im Jahr 2015 wurde zusammen mit der Theodor-Fliedner-Stiftung die Erläuterungen zu einem Rundgang in leichter Sprache entwickelt, der noch in diesem Jahr im Internet zum Herunterladen zur Verfügung stehen wird.

Des Weiteren werden Sonderveranstaltungen für Menschen mit Behinderungen in den Sonderausstellungen durchgeführt. Dazu wird Verbindung mit Behindertenverbänden aufgenommen und die Betroffenen gezielt eingeladen. Abschließend informiert Frau Otto, dass die aufgestellten Tastmodelle sehr gut angenommen werden.

Auf Nachfrage teilt Frau Otte mit, dass der Fahrstuhl am Neuen Palais nicht funktioniert. Derzeit ist dort aufgrund der Baumaßnahmen der Zugang für Rollstuhlfahrer nicht möglich. Nach Abschluss der Baumaßnahmen wird es wieder einen Fahrstuhl geben.

Auf Nachfrage bezüglich der Ausstattung von Audio-Guides mit „leichter Sprache“ macht Frau Otte deutlich, dass dies aufgrund der finanziellen Situation nicht möglich ist. Die Software dafür ist sehr kostenintensiv. Frau Otte weist abschließend auch darauf hin, dass im Schloss Babelsberg nicht alle Räume für Rollstuhlfahrer zugänglich sein werden.

Frau Grasnick lobt die Fortschritte, die bisher erzielt wurden.

zu 5 Vorstellung der Servicestelle für Kinder und Jugendliche mit Behinderung

Herr Fenrich (Bereich Gesundheitssoziale Dienste und Senioren) stellt anhand einer Powerpoint-Präsentation die Servicestelle vor. Anschließend erläutert er den Hilfeplanprozess. Er stellt die Entwicklung der Zahl der Eingliederungshilfen von Januar 2014 bis September 2015 dar und zeigt dann Entwicklung der einzelnen Hilfeleistungen auf.

Auf Nachfrage erklärt Herr Fenrich, dass der Fachbereich Kinder, Jugend und Familie hinzugezogen wird, sobald erkennbar ist, dass Jugendhilfeleistungen erforderlich sind.

Eine Kooperationsvereinbarung mit dem Fachbereich Kinder, Jugend und Familie wurde erarbeitet und soll zeitnah abgeschlossen werden.

Die Servicestelle ist in der 3. Etage des Hauses 2 auf dem Verwaltungscampus zu finden.

Abschließend weist Herr Fenrich darauf hin, dass der Prozess der Installierung der Servicestelle nicht abgeschlossen ist.

Frau Basekow bittet darum, in der nächsten Sitzung noch Nachfragen zu den gezeigten Folien stellen zu können.

Frau Schulze bittet darum, dass bei Schwerpunktthemen zukünftig auch Präsentationen im Vorfeld von Sitzungen ausgereicht werden. Dies kann auch wenige Tage vor der Sitzung per E-Mail erfolgen.

zu 6 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 6.1 **Antragsformular zur Ermäßigung oder Befreiung von der Personalausweisgebühr**

Vorlage: 15/SVV/0703

Fraktion DIE aNDERE

Frau Anlauff bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Frau Prestin (Bürgerservicecenter) stellt voran, dass Bedürftige grundsätzlich Unterstützung bekommen sollen. Die Gebührenermäßigung oder der Erlass von Gebühren ist in der Gebührenordnung geregelt. Sie erläutert das Verfahren und weist darauf hin, dass die besondere Notlage bzw. Belastung nachgewiesen werden muss. Da es sich immer um einen Einzelfall (individuelle Notlagen) handelt, ist dies nicht durch ein Formular abzubilden. Frau Prestin macht deutlich, dass die Aufklärung der Betroffenen ist in der Vergangenheit nicht immer optimal erfolgt ist. Deshalb wurde das Problem im Bürgerservicecenter besprochen und ein Verfahren entwickelt.

Es wurde eine Checkliste für Mitarbeiter erarbeitet, welche Nachweise bei der Beantragung von Gebührenermäßigung oder –erlass zu erbringen sind.

Auf die Anmerkung, dass die Entscheidung der Sachbearbeiter sehr subjektiv ist, erklärt Frau Prestin. Dass die eingereichten Unterlagen werden dem Arbeitsgruppenleiter zur Entscheidung vorgelegt werden. Wird nicht durch die Sachbearbeiter entschieden.

Auf Nachfrage, was gegen ein entsprechendes Formblatt spricht, macht sie deutlich, dass dabei die Gefahr besteht, dass jeder Empfänger von Leistungen nach dem SGB II einen entsprechenden Antrag stellen würde, von denen die Mehrheit abgelehnt werden müsste.

Herr Thomann ergänzt, dass in den Grundregelsätzen bei Leistungsempfänger nach SGB II auch ein Anteil für die Gebühren enthalten ist. Es muss dann noch Sondertatbestände geben, die dazu kommen. Darüber müssen die Bürger informiert werden.

Abschließend erklärt Frau Prestin auf Nachfrage, dass das System der Terminvergabe im Bürgerservice eingeführt wurde, um den Bürgerinnen und Bürgern lange Wartezeiten zu ersparen. Sie weist darauf hin, dass es auch möglich ist, vor Ort einen zeitnahen Termin am selben Tag zu vereinbaren.

Frau Schulze beantragt die Zurückstellung der Drucksache bis zur Sitzung am 17.11.2015.

Frau Eifler stellt den Geschäftsordnungsantrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 7 Sonstiges

Frau Grasnick weist darauf hin, dass sie einige Exemplare des Interreligiösen Kalenders 2016 im Sitzungsraum ausgelegt hat, die mitgenommen werden können.

Nächster GSI-Ausschuss: 17. November 2015, 18:00 Uhr

Birgit Eifler
Stellv. Ausschussvorsitzende

Martina Spyra
Schriftführerin



Niederschrift

14. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Inklusion

Sitzungstermin: Dienstag, 17.11.2015
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 20:10 Uhr
Ort, Raum: Raum 1.077, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

Anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Kati Biesecke	DIE LINKE	
Frau Jana Schulze	DIE LINKE	
Frau Imke Eisenblätter	Bürgerbündnis	
Frau Birgit Eifler	Bündnis90/Die Grünen	Sitzungsleitung
Frau Irene Kamenz	Bürgerbündnis-FDP	

zusätzliches Mitglied

Frau Christine Anlauff	DIE aNDERE	
------------------------	------------	--

sachkundige Einwohner

Frau Angela Basekow	SPD	
Frau Christiane Dreusicke	CDU/ANW	
Frau Nicole Einbeck	Behindertenbeirat	
Herr Axel Mertens	Bündnis90/Die Grünen	ab 18:10 Uhr
Herr André Noack	DIE LINKE	
Herr Bertram Otto	SPD	
Herr Wolfgang Puschmann	Seniorenbeirat	
Frau Monique Tinney	DIE aNDERE	

Beigeordnete

Frau Elona Müller-Preinesberger	Beigeordnete Geschäftsbereich 3	bis 19:00 Uhr
---------------------------------	------------------------------------	---------------

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Hans-Wilhelm Dünn	CDU/ANW	entschuldigt
------------------------	---------	--------------

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Mike Schubert	SPD	entschuldigt
--------------------	-----	--------------

sachkundige Einwohner

Frau Olga Gelfand	Migrantenbeirat	entschuldigt
Frau Gudrun Hofmeister	DIE LINKE	entschuldigt

Frau Barbara Müller
Herr Karsten Oqueka

Bürgerbündnis-FDP
Potsdamer Demokraten/BVB
Freie Wähler

entschuldigt
entschuldigt

Gäste:

Frau Magdolna Grasnack
Herr Christoph Richter
Herr Frank Thomann
Frau Kristina Trilk
Herr Andy Meier
Herr Janek Buchheim
Frau Martina Spyra

Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
FB Soziales und Gesundheit
Bereich Bürgerservice
Willkommensbehörde
ToSiP
Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 03.11.2015 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 2 Informationen der Verwaltung
- 3 Berichte aus den Beiräten und dem Inklusionsgremium
- 4 Bericht über das Modellprojekt "Ausländerbehörden - Willkommensbehörden"
- 5 Bericht über die Koordinierung "Neue Nachbarschaften"
- 6 Benennung von drei Mitgliedern in das Auswahlgremium für Förderprojekte
freiwilliger Leistungen 2016
- 7 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 7.1 Antragsformular zur Ermäßigung oder Befreiung von der
Personalausweisgebühr
Vorlage: 15/SVV/0703
Fraktion DIE aNDERE
- Wiedervorlage -
- 7.2 Soziale Arbeit mit Flüchtlingen in der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 15/SVV/0743
Fraktion DIE LINKE
- 8 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die stellvertretende Ausschussvorsitzende, Frau Birgit Eifler.

zu 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 03.11.2015 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Frau Eifler stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 5 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist die Beschlussfähigkeit des Ausschusses gegeben.

Die Niederschrift vom 03.11.2015 liegt noch nicht vor.

Abstimmung zur Tagesordnung:

Auf Antrag der Fraktion DIE aNDERE wird der Antrag 15/SVV/0703 „Antragsformular zur Ermäßigung oder Befreiung von der Personalausweisgebühr“ (TOP 7.1) erneut zurückgestellt.

Frau Müller-Preinesberger bittet, den Antrag 15/SVV/0743 „Soziale Arbeit mit Flüchtlingen in der Landeshauptstadt Potsdam“ vorzuziehen und nach TOP 3 zu behandeln, da sie die Ausschusssitzung aufgrund eines weiteren Termins vorzeitig verlassen muss.

Frau Eifler stellt die so geänderte Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

zu 2 Informationen der Verwaltung

Herr Thomann stellt anhand einer Präsentation die Entwicklung der Zahl der durch die Landeshauptstadt Potsdam im Jahr 2015 **aufzunehmenden Flüchtlinge** dar. Dabei verweist er auf den erneuten Aufwuchs der Aufnahmezahl um 649 Personen, die noch bis zum 31.12.2015 aufzunehmen sind. Insgesamt sind im Jahr 2015 somit 2.245 Flüchtlinge in Potsdam aufzunehmen.

Bisher wurden 1.167 Flüchtlinge aufgenommen. Somit sind bis zum Jahresende noch 1.078 Personen aufzunehmen. Das bedeutet, dass in den Monaten November und Dezember 2015 je 539 Personen aufzunehmen sind.

Anschließend gibt Herr Thomann einen Überblick über die Verteilung der noch aufzunehmenden Personen auf die einzelnen Standorte und macht dabei deutlich, dass zum 15.12.2015 der „Alte Landtag“ als Flüchtlingsunterkunft in Betrieb genommen werden soll. Vor Bezug des Hauses muss der Brandschutz

gewährleistet werden. Die komplette Struktur wie z.B. Küchen und Sanitär wird dann ggf. noch nicht vorhanden sein. Dies wird sukzessive bei laufendem Betrieb nachgerüstet. Danach richtet sich dann auch der Bezug des Hauses.

Des Weiteren informiert Herr Thomann, dass es zu Lieferschwierigkeiten bei den Leichtbauhallen gekommen ist. Die erste Halle am Standort Sandscholle wird am 23.11.2015 übergeben. Die Lieferung der anderen Leichtbauhallen ist vom Hersteller für Dezember 2015 in Aussicht gestellt.

Die Gemeinschaftsunterkunft An den Kopfweiden steht kurz vor der Fertigstellung. Die Einrichtung soll zum 25.11.2015 übergeben werden. Auch die Erweiterung der Kapazität in der Gemeinschaftsunterkunft in Groß Glienicke steht kurz vor der Fertigstellung. auch diese soll in der 48. Kalenderwoche übergeben werden.

Für das Objekt Berliner Straße 79 liegt der Mietvertrag jetzt vor. Sobald die Prüfung abgeschlossen ist, kann dieser unterzeichnet werden.

Das Offiziersheim in der Zeppelinstraße wird von der Bundeswehr an die BIMA übergeben. Danach kann das Objekt durch die Landeshauptstadt Potsdam übernommen werden. In diesem Objekt muss noch der Brandschutz auf den aktuellen Stand gebracht und ein zweiter Fluchtweg errichtet werden.

Darüber hinaus stehen noch Wohnungen zur Verfügung.

Frau Müller-Preinesberger ergänzt, dass für die Unterbringung von Flüchtlingen im Alten Landtag am 25.11.2015 im nicht öffentlichen Teil des Hauptausschusses die entsprechenden Beschlussvorlagen eingebracht werden.

Für die Gemeinschaftsunterkunft in der Zeppelinstraße muss noch ein Betreiber gefunden werden. Sie weist darauf hin, dass die letzte Sitzung des Hauptausschusses in diesem Jahr am 09.12.2015 stattfindet.

Abschließend informiert Frau Müller-Preinesberger, dass geplant ist, am 30.11.2015 eine Anwohner-Informationsveranstaltung zum Alten Landtag und am 14.12.2015 für die GU in der Zeppelinstraße durchzuführen. Hierfür ist es ausnahmsweise erforderlich, die Einladungen für die Veranstaltungen vor dem Beschluss des Hauptausschusses zu versenden. Eine andere Möglichkeit besteht aufgrund der Dringlichkeit nicht.

Herr Thomann informiert, dass im Konsumhof eine Gemeinschaftsunterkunft mit einer Kapazität von 50 Plätzen von einem privaten Betreiber angeboten wurde. Die Landeshauptstadt Potsdam beabsichtigt auch hier die Anmietung des Objektes.

Die Informationsveranstaltung für Anwohner ist für den 10.12.2015 vorgesehen.

Auf Nachfrage teilt Herr Thomann mit, dass derzeit die Zuweisung von Flüchtlingen nach Freimeldung erfolgt. Die Landeshauptstadt Potsdam hat das Land informiert, dass mehrere neue Gemeinschaftsunterkünfte kurz vor der Eröffnung stehen. Es wird aber auch ein Notfallplan erarbeitet.

Frau Tinney dankt der Verwaltung für das Engagement, die Flüchtlinge in kleineren Einrichtungen und auf die gesamte Stadt verteilt unterzubringen. Sie spricht den ursprünglichen Plan an, die Leichtbauhallen nicht mit 96 Personen zu belegen.

Herr Thomann erklärt, dass es momentan so nicht möglich ist. Sobald sich die Lage entspannt hat, sollen die Leichtbauhallen zuerst frei gezogen werden.

Frau Müller-Preinesberger ergänzt, dass auch geplant ist, die Menschen aus Leichtbauhallen in feste Standorte umziehen zu lassen, sobald es dort freie Kapazitäten gibt. Auf Nachfrage erklärt sie, dass sich die Flüchtlinge in den

Leichtbauhallen in einem dafür vorgesehenen Küchenbereich selbst versorgen sollen.

Frau Müller-Preinesberger informiert, dass sich auf Initiative von Industrie- und Handelskammer (IHK) und Handwerkskammer (HWK) das **Bündnis für Beschäftigung** gegründet hat, um ein kooperatives Handeln der maßgeblichen Akteure zur beruflichen Integration von Flüchtlingen und Asylsuchenden zu erzielen.

Ziel aller Kooperationspartner ist die Einrichtung eines Welcome Integration Center bei der IHK, das als Anlaufstelle für Unternehmen und Beschäftigungssuchende dient.

Die Kooperationspartner haben ein entsprechendes Memorandum of Understanding unterzeichnet. Frau Müller-Preinesberger prüft, ob das Memorandum of Understanding den Ausschussmitgliedern als Anlage zum Protokoll zur Verfügung gestellt werden kann.

Frau Müller-Preinesberger weist darauf hin, dass in der letzten Anwohnerversammlung in Babelsberg von Seiten der Anwohner gesagt wurde, dass es Engpässe an **Impfstoffen** geben soll. Diese Engpässe gibt es nicht. Es gibt Engpässe bei einigen Impfstoffen, wie einem nasalen Grippeimpfstoff für Kinder und 2 Präparaten zur Impfung gegen Hepatitis B, die derzeit aufgrund von Lieferengpässen nicht verfügbar sind. Es stehen jedoch Alternativpräparate zur Verfügung.

Auf Nachfrage erklärt, Frau Müller-Preinesberger, dass die Asylbewerber eine Impfberatung über die Poliklinik erhalten. Es wird auch versucht, den Impfstatus zu erfassen. Bei Kita-Kindern und Schulkindern erfolgt dies im Rahmen der Untersuchungen durch den Öffentlichen Gesundheitsdienst.

zu 3 Berichte aus den Beiräten und dem Inklusionsgremium

Frau Einbeck informiert, dass der **Beirat für Menschen mit Behinderungen** beschlossen hat, seine Sitzungen nur noch alle drei Monate durchzuführen. Die nächste öffentliche Beiratssitzung findet voraussichtlich im Februar 2016 statt. Des Weiteren hat der Behindertenbeirat beschlossen, zukünftig weniger Themen zu bearbeiten, diese aber sehr gründlich.

Abschließend weist Frau Einbeck auf die Fortbildung zu Leichter Sprache und barrierefreien Formularen hin, die im Fortbildungskatalog der Verwaltung 2016 angeboten wird.

Herr Richter ergänzt, dass sich die Verwaltung in Gesprächen zur barrierefreien Gestaltung verschiedener Dokumente befindet.

Frau Einbeck berichtet, dass der Beirat für Menschen mit Behinderung zukünftig regelmäßig Menschen mit und ohne Behinderung zur „Bunten Runde Potsdam“ einlädt. Die „Bunte Runde Potsdam“ findet in der Gaststätte „Hans im Glück“, Humboldtstraße 1-2 statt und ist barrierefrei. Die nächste Veranstaltung findet am 27.11.2015 ab 18:00 Uhr statt. Es wird um Anmeldung gebeten, da bei Bedarf ein Gebärdendolmetscher hinzugezogen wird, der dann auch bezahlt werden muss. Bisher hat die „Bunte Runde Potsdam“ zweimal im Wiener Café stattgefunden. Hier fühlten sich die Teilnehmer der Runde nicht willkommen.

Am 03.12.2015 wird Weihnachtsbaum aus Styropor aufgestellt, an den die behindertenpolitischen Wünsche von verschiedenen Akteuren angebracht werden können, die dann an den Oberbürgermeister übergeben werden sollen.

Frau Einbeck weist darauf hin, dass es derzeit viele Menschen mit Behinderung gibt, die das Gefühl haben, dass für sie nicht genug getan wird. Derzeit wird sehr viel für Flüchtlinge getan. Sie betont, dass dies nicht ihre persönliche Wahrnehmung ist. Ein Grund könnte aber sein, dass sich die Menschen nicht ausreichend informiert fühlen.

Frau Müller-Preinesberger erinnert an die vielen Maßnahmen und Projekte, die für Menschen mit Behinderung initiiert wurden.

Frau Basekow schlägt vor, die Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft (PSAG) einzuladen und bietet an, den Kontakt herzustellen.

Auf Nachfrage teilt Frau Einbeck mit, dass die Sitzungen des Beirates für Menschen mit Behinderung öffentlich sind und Vertreter der Politik daran teilnehmen können.

Herr Richter informiert, dass am 15.10.2015 das 42. Forum für Menschen mit Behinderung stattgefunden hat. Thema des Forums war „Das Persönliche Budget – Möglichkeiten und Hindernisse“. Es wurde festgestellt, dass bei den Betroffenen noch viel Unwissenheit herrscht.

Nachdem das Persönliche Budget vorgestellt wurden, gab es eine Diskussion dazu. Fazit ist, dass es noch Gesprächsbedarf gibt. Dazu hat die Stadtverwaltung bereits signalisiert, dass sie an einem Dialog interessiert ist. Der Dialog soll auf jeden Fall weitergeführt werden.

Herr Puschmann weist darauf hin, dass auch der **Seniorenbeirat** alle drei Monate öffentlich tagt. Die nächste Sitzung findet am 01.12.2015 im Evangelischen Zentrum für Altersmedizin statt.

Des Weiteren informiert Herr Puschmann, dass Vertreter des Seniorenbeirates an verschiedenen Veranstaltungen teilgenommen haben. Die nächste Seniorenwoche wird bereits vorbereitet. Eine neue Auflage der „Zeitzeugen“ wird erscheinen.

zu 4 Bericht über das Modellprojekt "Ausländerbehörden - Willkommensbehörden"

Frau Trilk berichtet, dass sich die Ausländerbehörde der Landeshauptstadt Potsdam als eine von 10 Modellkommunen am bundesweiten Pilotprojekt des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) „Ausländerbehörden-Willkommensbehörden“ beteiligt hat. Ziel des zweijährigen Projektes war es, die Ausländerbehörde weiter zu einer Willkommensbehörde zu entwickeln und als Service-Anlaufstelle für alle Belange der Potsdamer Bewohnerinnen und Bewohner mit ausländischem Pass zu etablieren.

Sichtbar sind die Veränderungen im neuen Eingangsbereich, der barrierefreie Zugang, das Frontoffice, die Begrüßung in verschiedenen Sprachen, die Ausstellung im Flur sowie die warmen Farben in den Räumen der Behörde. Spürbar sind die Änderungen durch die zusätzlichen Qualifizierungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, durch umgesetzte zertifizierte Qualitätsstandards sowie durch die neue Terminverwaltung.

Anhand eines kurzen Films, der zum Ende des Projektes erstellt wurden, werden die Veränderungen deutlich gemacht.

Herr Meier betont, dass mit dem Abschluss des Projektes allerdings die

Entwicklung in der Potsdamer Ausländerbehörde noch nicht beendet ist. Die interkulturelle Kompetenz der Mitarbeiter soll weiter forciert werden. Die Willkommenskultur soll in der gesamten Landeshauptstadt gelebt werden.

Auf Nachfrage erklärt Herr Meier erklärt, dass das Videodolmetschen in der Ausländerbehörde (ABH) ab 2016 eingerichtet werden soll.

Frau Trilk teilt auf Nachfrage mit, dass, zu Beginn des Modellprojektes 13 Mitarbeiter in der ABH beschäftigt waren. Derzeit sind in der ABH 15 Mitarbeiter tätig, vier weitere kommen noch hinzu. Sie macht deutlich, dass die Einarbeitung der insgesamt sechs neuen Mitarbeiter neben der großen Zahl der Antrags-Bearbeitungen eine große Herausforderung ist.

Herr Meier ergänzt, dass es sich bei den neuen Mitarbeitern um externe Einstellungen handelt. Er weist darauf hin, dass die Stellen aber auch intern ausgeschrieben waren.

Anschließend erklärt Frau Trilk auf Nachfrage, dass das Projekt mit einem Coach durchgeführt wurde. Der Umbau und die Gestaltung der Räume erfolgte mit den Mitarbeitern gemeinsam. Sie weist darauf hin, dass dies auch vor dem Hintergrund der aktuellen Flüchtlingssituation ein Kraftakt war. Bei der Einstellungen von Mitarbeitern wird auch darauf geachtet, dass Fremdsprachen gesprochen werden. Inzwischen gibt es mehrere Mitarbeiter, die mehrere Sprachen sprechen.

Es gab Schulungen, die außerhalb der der Verwaltung durchgeführt wurden. Dabei wurden Arbeitsprozesse wurden beleuchtet. Es erfolgte eine Zertifizierung nach ISO-Norm. Des Weiteren hat sich die Ausländerbehörde aktiv bei Fachgesprächskreisen eingebracht.

Herr Meier weist darauf hin, dass Prozesse entschlackt und vereinfacht wurden. Im Frontoffice werden die bestellten Kunden empfangen. Durch die terminvergabe ist eine individuelle Beratung möglich.

Auf Nachfrage bezüglich der Sprachkenntnisse der Mitarbeiter erklärt Frau Trilk erklärt, dass durch das Videodolmetschen sehr viele Sprachen möglich sind, die die Mitarbeiter nicht bieten können. Die Sprachmittler stehen hier innerhalb von wenigen Minuten zur Verfügung.

Zur Terminvergabe erklärt Frau Trilk, dass sich diese nach dem Anliegen richtet. Bei dringenden Anliegen kann derjenige warten und das Anliegen wird am selben Tag bearbeitet. Bezüglich der Terminkoordination gibt es eine Abstimmung mit den Gemeinschaftsunterkünften.

Im Bürgerservicecenter erfolgt eine erste Begrüßung der Asylsuchenden, die in der Landeshauptstadt Potsdam ankommen. Die Begrüßung kann in den Sprachen englisch, französisch oder arabisch erfolgen.

Die Formulare gibt es in deutscher und englischer Sprache.

Frau Basekow macht deutlich, dass alle Bewohner der Gemeinschaftsunterkünfte einen eigenen Briefkasten haben, über den die Post geht. Es geht hierbei nicht um den Austausch von persönlichen Daten, sondern lediglich um eine Unterstützung bei der Terminkoordination.

Auf Hinweis bezüglich der fehlenden Beschilderung auf dem Campus der Stadtverwaltung in verschiedenen Sprachen erklärt Frau Trilk, dass aufgrund der Baumaßnahmen derzeit fast keine Beschilderung vorhanden ist.

Frau Grasnick erklärt, dass es zukünftig ein Leitsystem geben soll.

zu 5 **Bericht über die Koordinierung "Neue Nachbarschaften"**

Herr Buchheim (ToSiP) stellt mit Unterstützung einer Powerpoint-Präsentation die Koordinierungsstelle Neue Nachbarschaften vor. Die Koordinierungsstelle gehört zur Servicestelle Toleranten und Sicheres Potsdam (ToSiP). Er teilt mit, dass die Koordinierungsstelle seit dem 15.07.2015 mit einer Regelfinanzierung bei der ToSiP angesiedelt ist und gibt anschließend einen Überblick über die Aufgaben und die Vernetzung der Koordinierungsstelle.

Auf Nachfrage informiert Herr Buchheim, dass die ToSiP insgesamt vier Mitarbeiter hat. Die Koordinierungsstelle Neue Nachbarschaften ist durch ihn besetzt.

Auf Hinweis von Frau Tinney, dass „Help to“ wird sehr wenig von Flüchtlingen genutzt wird, erklärt er, dass dies möglicherweise an Sprachbarrieren liegt. Es ist aber gewünscht, dass die Plattform durch Flüchtlinge genutzt wird.

zu 6 **Benennung von drei Mitgliedern in das Auswahlgremium für Förderprojekte freiwilliger Leistungen 2016**

Frau Schulze bittet darauf zu achten, dass in dem Auswahlgremium nur Mitglieder mitarbeiten dürfen, die nicht einem Träger angehören, der Projektförderung beantragt hat.

Frau Tinney, Frau Schulze und Frau Dreusicke bekunden ihr Interesse an der Mitarbeit im Auswahlgremium.

Frau Eifler bittet um Abstimmung darüber, dass Frau Monique Tinney, Frau Jana Schulze und Frau Christiane Dreusicke in das Auswahlgremium für Förderprojekte freiwilliger Leistungen 2016 entsandt werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung	5
Ablehnung:	0

Frau Schulze hat beim Lesen der Richtlinie festgestellt, dass die Mitglieder der Arbeitsgruppe jedes Jahr neu entsandt werden sollen. Sie regt an, darüber nachzudenken, ob die AG zukünftig für zwei Jahre benannt werden kann.

zu 7 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 7.1 **Antragsformular zur Ermäßigung oder Befreiung von der Personalausweisgebühr**

Vorlage: 15/SVV/0703

Fraktion DIE aNDERE

- Wiedervorlage -

Die Drucksache wird zurückgestellt

zu 7.2 **Soziale Arbeit mit Flüchtlingen in der Landeshauptstadt Potsdam**

Vorlage: 15/SVV/0743

Fraktion DIE LINKE

Frau Schulze bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Herr Thomann betont, dass die Vernetzung sehr wichtig ist. Das Anliegen des Antrages, ein regelmäßig tagendes Diskussionsforum mit Trägern der sozialen Flüchtlingsarbeit zu führen, ist auf verschiedenen Ebenen bereits realisiert. Die Erwartungen an die soziale Arbeit der Träger sind in den jeweiligen Ausschreibungen zur Betreibung einer Flüchtlingsunterkunft definiert. In diese Anforderungen sind die Ergebnisse des Werkstattberichtes aus Mai 2014 eingeflossen.

Die im Bereich der Flüchtlingsarbeit eingesetzten Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter des Fachbereiches Soziales und Gesundheit setzen sich regelmäßig (ca. alle 6 Wochen) mit den Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern der Gemeinschaftsunterkünfte zu einem fachlichen Austausch zusammen. Auch hierbei wird der Werkstattbericht aus dem Jahr 2014 als Grundlage der Diskussion genutzt.

Die Leitungsebene der vier in der Landeshauptstadt tätigen Träger sowie der Flüchtlingsberatungsstelle haben sich in diesem Jahr bereits dreimal mit verschiedenen Themen der sozialen Betreuung beschäftigt. Eine 4. Sitzung ist geplant.

Des Weiteren führt die Beauftragte für Migration und Integration zudem regelmäßig den „Fachgesprächskreis Migration und Integration“ durch. Auch hier haben alle Beteiligten die Möglichkeit, ihre Diskussionsbedarfe als Tagesordnungspunkte einzubringen.

Vor dem Hintergrund der bereits etablierten Kommunikationsstrukturen besteht aus Sicht der Verwaltung derzeit kein Bedarf an einem weiteren Austauschforum.

Frau Schulze bedankt sich für die Information und macht deutlich, dass ihr dies so nicht bekannt war. Sie wünscht sich hier mehr Transparenz.

Frau Basekow bestätigt, dass die Gesprächsrunden stattfinden und dort die aktuellen Probleme besprochen werden. In den nächsten ein bis zwei Jahren sollte ein Prozess entwickelt werden. Es sollte eine Kommunikationsmatrix geben. Frau Basekow bittet um Überblick über die einzelnen Gremien und die Themen, die bearbeitet werden. Es sollten gezielte und effektive Beratungsrunden durchgeführt werden.

Frau Müller-Preinesberger ergänzt, dass auch themenbezogenen Gesprächsrunden einberufen werden müssen. Der regelmäßige Austausch der Sozialarbeiter der Einrichtungen und der Verwaltung ist auch ihrer Sicht sehr wichtig.

Frau Grasnick verweist auf das Integrationskonzept und die einzelnen Handlungsfelder. Sie findet die Kommunikationsoptimierung sehr wichtig.

Frau Eisenblätter macht darauf aufmerksam, dass der vorliegende Antrag eine ganz andere Richtung hat.

Frau Schulze beantragt die Zurückstellung des Antrages. Aufgrund der gegebenen Informationen möchte sie zunächst Rücksprache mit der Fraktion dazu halten.

Frau Eifler stellt den Antrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 8 Sonstiges

Frau Grasnack teilt mit, dass am 10.12.2015 in der Zeit von 13:30 Uhr bis 19:00 Uhr im Alten Rathaus Potsdam anlässlich des Tages der Menschenrechte eine Fortbildungsveranstaltung zum Thema Menschenrechte durchgeführt wird.

Frau Eisenblätter informiert, dass am 29.11.2015 die Potsdamer Tafel und die Suppenküche ein gemeinsames „Buntes Essen“ veranstalten. Zu diesem Essen werden Gäste der Suppenküche, der Potsdamer Tafel sowie Flüchtlinge und „Alt-Potsdamer“ eingeladen. Es soll ein niedrighschwelliges multikulturelles Angebot sein. Ziel ist es, bei Erfolg weitere Veranstaltungen durchzuführen, die dann offen für alle sind.

Frau Eisenblätter lädt die Ausschussmitglieder zu dem „Bunten Essen“ ein.

Nächster GSI-Ausschuss: 15. Dezember 2015, 18:00 Uhr

Birgit Eifler
Stellv. Ausschussvorsitzende

Martina Spyra
Schriftführerin

Servicestelle Eingliederungshilfe für Kinder- und Jugendliche

Darstellung Grundprozess und Akteure

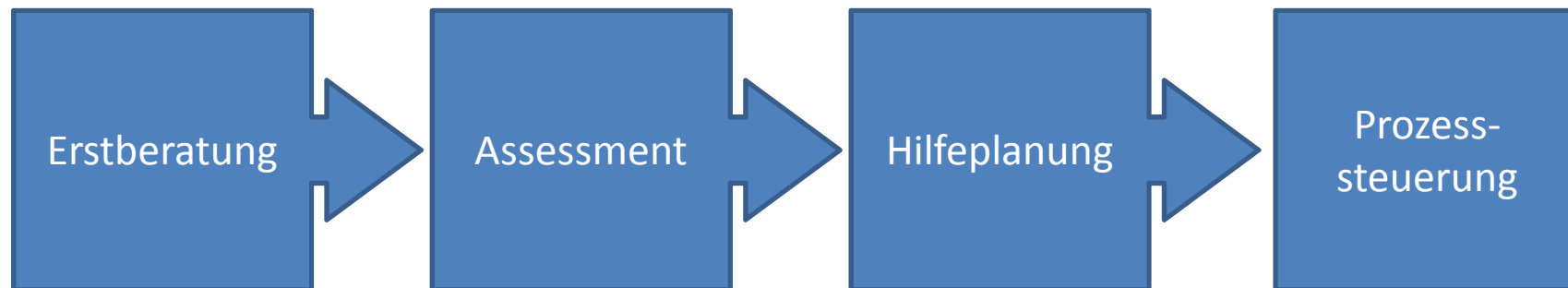
Servicestelle Eingliederungshilfe für Kinder- und Jugendliche

Servicestelle – Einführung

- Landeshauptstadt Potsdam plant auf lange Sicht eine Servicestelle Eingliederungshilfe
- soll die benötigten Hilfen und Leistungen „aus einer Hand“ anbieten
- zudem soll ein adressatengerechter Zugang geschaffen werden, der sich in einen **Informationsbereich** und einen **Fallmanagerbereich aufteilt**
- **dem Informationsbereich obliegt die „allgemeine“ Beratung**
- der Fallmanagementbereich dient als zentraler Kontakt
- bietet individuelle Informationen und Beratungen zu Leistungen und Verfahren an
- im **Back-Office** stellen Sachbearbeiter der wirtschaftlichen Hilfen u.a. die Geldleistungen sicher
- Umsetzung im 1. Schritt durch Einführung der Servicestelle Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche **zum 01.01.2014**

Servicestelle Eingliederungshilfe für Kinder- und Jugendliche

I. Servicestelle – Grundprozess



Servicestelle Eingliederungshilfe für Kinder- und Jugendliche

Servicestelle – Grundprozess

1. Erstberatung

- Vorsprache des Betroffenen
- Problemdarstellung durch den Klienten (bzw. Eltern)
- gemeinsame Beratung über weiteres Vorgehen
- Erhebung persönlicher Daten (Antragstellung)

Servicestelle Eingliederungshilfe für Kinder- und Jugendliche

Servicestelle – Grundprozess

2. Assessment

- Analyse der IST-Situation (Lebensbereiche, Probleme, Ressourcen)
- Klärung des sozialhilfe-rechtlichen Anspruchs
(insb. Abgrenzung zu anderen Leistungsbereichen, Nachrang, etc.)
- Einholung medizinisch-fachärztlicher Stellungnahmen

Servicestelle Eingliederungshilfe für Kinder- und Jugendliche

Servicestelle – Grundprozess

3. Hilfeplanung

- Einleitung der Hilfeplan-/Gesamtplanung
- gemeinsame Beratung zwischen Verwaltung und Klienten
- Klärung möglicher Hilfen
- Festlegung der Eingliederungshilfen

Servicestelle Eingliederungshilfe für Kinder- und Jugendliche

Servicestelle – Grundprozess

4. Prozesssteuerung

- Evaluation der installierten Hilfen
(grds. nach Beendigung der Leistungszeitraums)
- Austausch zwischen Klienten, Leistungserbringer und Verwaltung
- ggf. Einleitung Re-Assessment

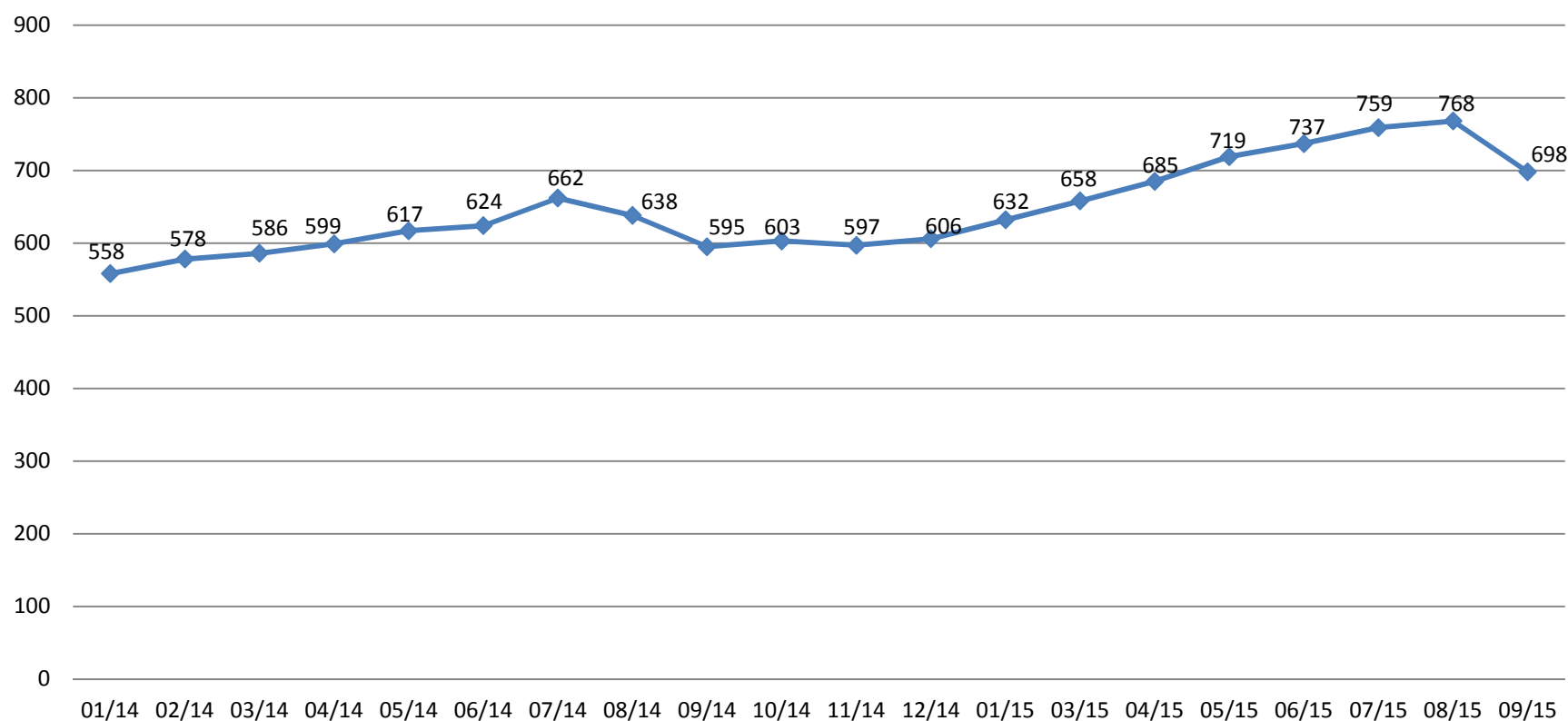
Servicestelle Eingliederungshilfe für Kinder- und Jugendliche

II. Servicestelle – Akteure

Front Office		Back Office
<i>„Erstinformation“</i>	Fallmanager / Sozialarbeiter	Sachbearbeiter wirtschaftliche Hilfe
<ul style="list-style-type: none"> ▪ <i>Allgemeine Information</i> ▪ <i>Prüfung von Unterlagen</i> ▪ <i>Antragsaufnahme</i> ▪ <i>Aufnahme vom Stammdaten</i> 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Individuelle Information und Beratung zu Leistungen und Verfahren ▪ Zentraler Kontakt ▪ Prüfung und Entscheidung über Anträge ▪ Erstellung Hilfeplan/Gesamtplan ▪ Prozesssteuerung ▪ Koordinierung der Akteure 	<ul style="list-style-type: none"> • Unterstützungsarbeiten für Fallmanager / Sozialarbeiter • Finanzmanagement (Einkommens- & Vermögensprüfung, Sicherstellung finanzieller Leistungen) • enge Zusammenarbeit mit dem FM/ SA bezogen auf die fallspezifischen Einzelheiten

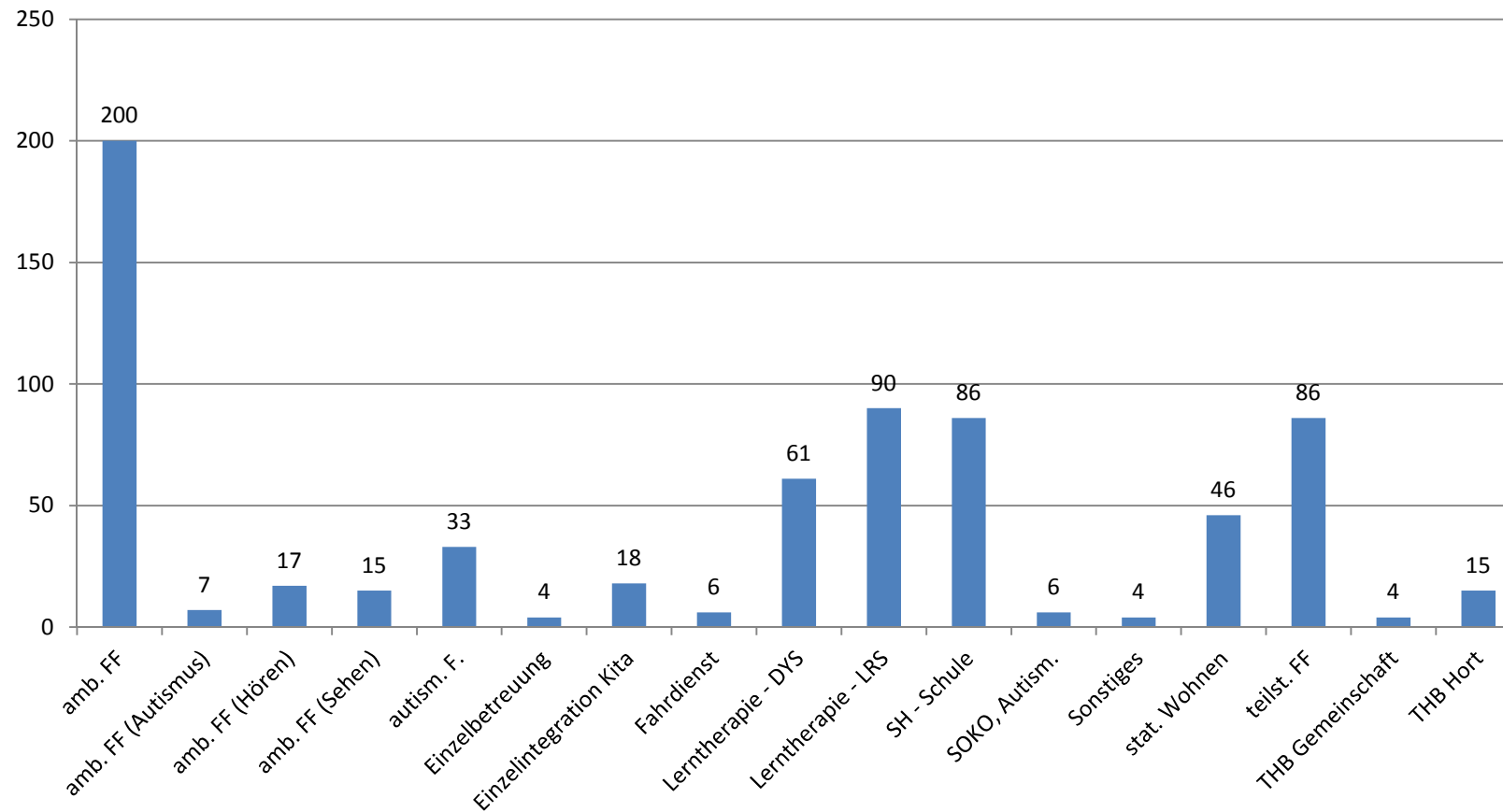
Servicestelle Eingliederungshilfe für Kinder- und Jugendliche

III. Entwicklung der Eingliederungshilfen 2014 - 2015



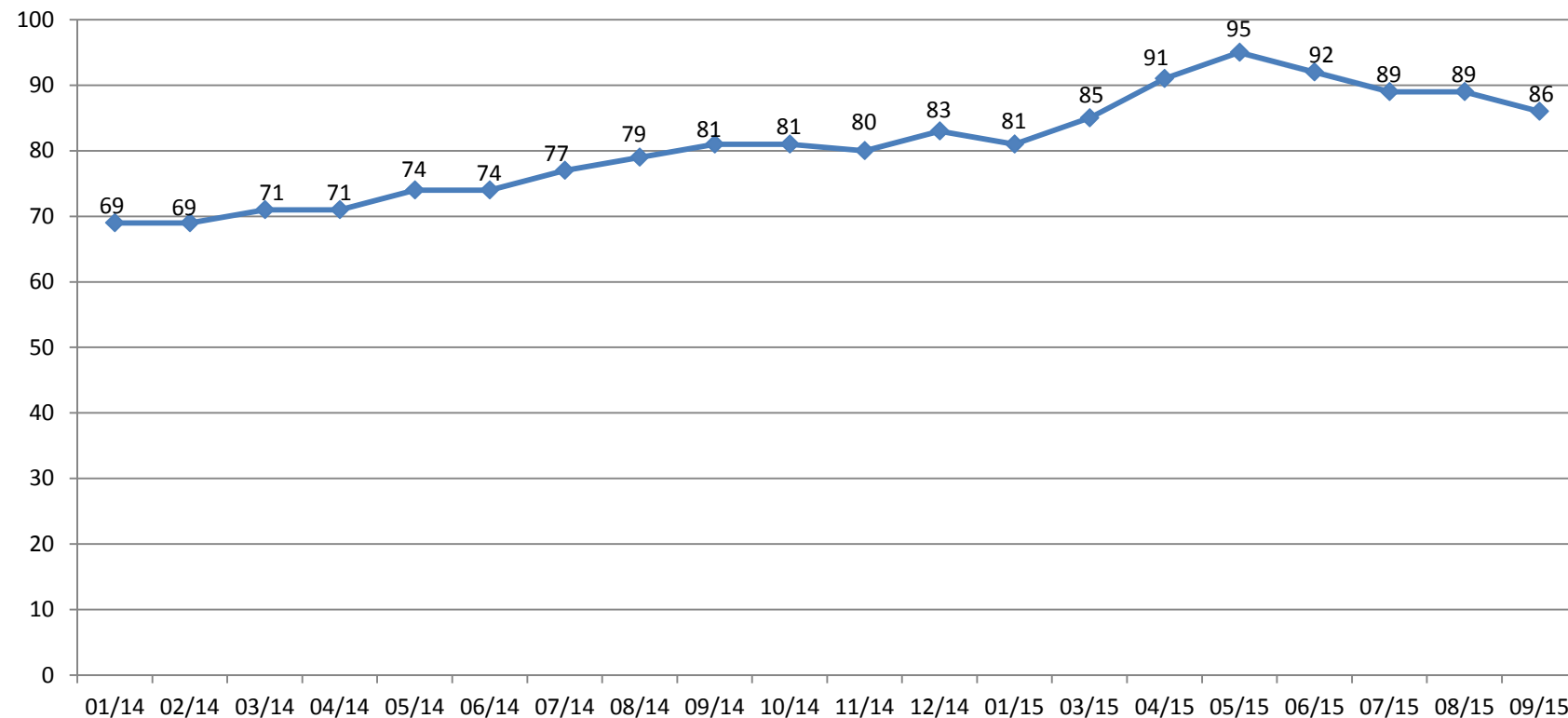
Servicestelle Eingliederungshilfe für Kinder- und Jugendliche

III. Eingliederungshilfeleistungen (Stand 09/2015)



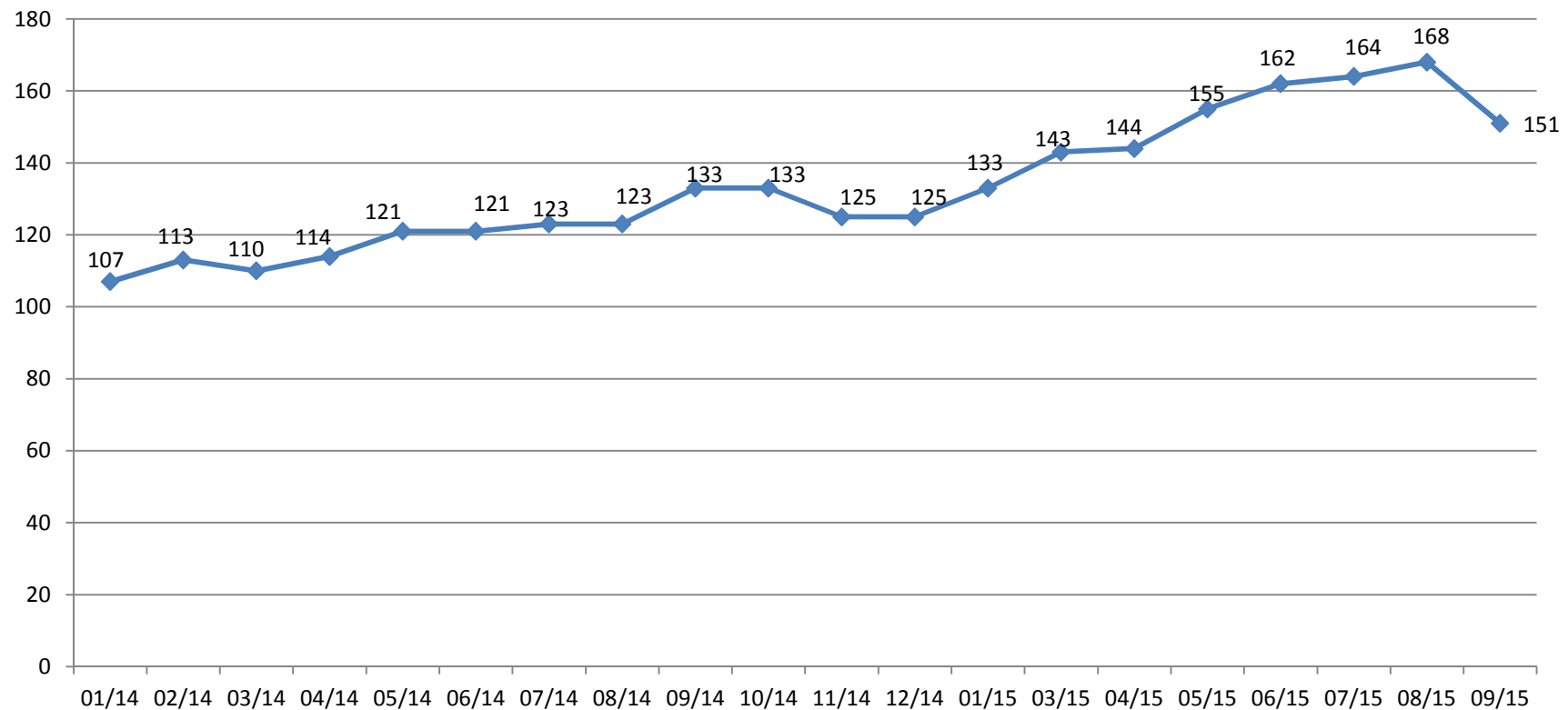
Servicestelle Eingliederungshilfe für Kinder- und Jugendliche

III. Entwicklung der Hilfen zur angemessenen Schulbildung (Schulhelfer)



Servicestelle Eingliederungshilfe für Kinder- und Jugendliche

III. Entwicklung der Lerntherapien





Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

15/SVV/0703

öffentlich

Betreff:

Antragsformular zur Ermäßigung oder Befreiung von der Personalausweisgebühr

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE

Erstellungsdatum 22.09.2015

Eingang 922: _____

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
07.10.2015	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein Formular zur Beantragung einer Ermäßigung bzw. Befreiung von der Personalausweisgebühr zu beantragen und zu bearbeiten.

Die Stadtverordnetenversammlung soll bis Dezember 2015 über den Sachstand informiert werden.

Christine Anlauff und Sandro Szilleweit
Vorsitzende der Fraktion DIE aNDERE

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgebblätter beifügen

Begründung:

Die Personalausweisgebührenverordnung (PAuswGebV) § 1 Abs. 6 sieht vor, dass die Gebühr für einen neuen Personalausweis „*ermäßigt oder von ihrer Erhebung abgesehen werden [kann], wenn die Person, die die Gebühr schuldet, bedürftig ist.*“ Der Begriff „Bedürftigkeit“ ist laut Verwaltungsgericht Potsdam (VG 8 K 1064/12) unbestimmt geblieben und durch die PAuswGebV „selbst nicht definiert“. Nach dem VG Potsdam ist als „bedürftig“ im Sinne des PAuswGebV anzusehen, wer Leistungen nach dem SGB II und SGB XII bezieht.

Wie der Presse zu entnehmen war, werden Anträge auf Ermäßigung bzw. Befreiung von der Personalausweisgebühr in der Potsdamer Ausweisbehörde selbst dann abgelehnt, wenn die Bedürftigkeit der Antragsteller*innen augenscheinlich ist. Es ist sowohl den Antragsteller*innen als auch den Mitarbeiter*innen der Ausweisbehörde nicht bekannt, welche Unterlagen, Bescheide oder andere Dokumente, die eine Bedürftigkeit nachweisen und damit die Berechtigung auf Ermäßigung bzw. Befreiung von der Ausweisgebühr anzeigen, vorzulegen sind. Die *pflichtgemäße Ermessensausübung* der Behörde bedeutet, dass nicht ausschließlich auf die Regelsätze verwiesen werden darf.

Mit der Schaffung eines Antragsformulars vereinfachen sich sowohl für die Bürger*innen als auch die Mitarbeiter*innen die Verfahrensabläufe bei der Beantragung eines neuen Personaldokuments.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

15/SVV/0743

öffentlich

Betreff:

Soziale Arbeit mit Flüchtlingen in der Landeshauptstadt Potsdam

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 13.10.2015

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

04.11.2015 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt dafür Sorge zu tragen, dass Fachwerkstätten oder andere regelmäßige Diskussionsforen mit Trägern der Sozialen Flüchtlingsarbeit mit dem Ziel der Erarbeitung eines Konzeptes für die soziale Arbeit mit Flüchtlingen durchgeführt werden.

Der Werkstattbericht aus dem Jahr 2014 mit seinen Ergebnissen ist dabei grundlegend heran zu ziehen.

Eine erste Veranstaltung ist für das I. Quartal 2016 vorzubereiten.

gez. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Im Werkstattbericht „Soziale Arbeit mit Flüchtlingen in der Landeshauptstadt Potsdam“ vom März 2014 wurden von Seiten der Stadtverwaltung Möglichkeiten einer Fortsetzung des fachlich-strukturierten Austausches vorgeschlagen. Auf Grund der derzeitig sich vorrangig um die Unterbringung von Flüchtlingen konzentrierenden Tätigkeit der Potsdamer Stadtverwaltung ist dieses Anliegen etwas in den Hintergrund geraten. In den vergangenen Tagen und Wochen ist jedoch deutlich geworden, dass neben der Vernetzung von Willkommensstrukturen auch eine zukunftsorientierte regelmäßige Verständigung zwischen den Trägern erforderlich ist. Über die Erarbeitung eines so genannten Masterplanes ist dabei auch nachzudenken.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

- Änderungsantrag
 Ergänzungsantrag
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

15/SVV0743

 öffentlich**Einreicher:** Fraktion DIE LINKE**Betreff:** Soziale Arbeit mit Flüchtlingen in der Landeshauptstadt Potsdam

Erstellungsdatum 19.11.2015

Eingang 922:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
25.11.2015	Hauptausschuss	X	
02.12.2015	Stadtverordnetenversammlung		X

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird mit der Durchführung eines Monitorings in Vorbereitung der Erarbeitung eines Konzeptes für die soziale Arbeit mit Flüchtlingen mit einer klaren Kommunikationsstruktur und unter Beteiligung von haupt- und ehrenamtlichen Beschäftigten, Initiativen und Trägern der Arbeit mit Flüchtlingen wie auch dem Migrantenbeirat Potsdam beauftragt.

Als geeignetes Instrument für das Monitoring ist die bereits im Werkstattbericht „Soziale Arbeit mit Flüchtlingen in der Landeshauptstadt Potsdam“ vom März 2014 vorgestellte Verfahrensweise zu nutzen.

Der Stadtverordnetenversammlung ist im Mai 2016 über den Stand der Arbeit zu berichten.

gez. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Begründung:

In der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Inklusion wurde informiert, dass bereits heute schon mehrere Arbeitsrunden für Abstimmungen auch über die soziale Integration unserer neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger auf Verwaltungsebene mit den verantwortlichen Trägern für die Integrationsarbeit stattfinden. Diese Gesprächsrunden müssen genutzt und auch für alle transparent in ihrer Arbeit nachvollziehbar mit entsprechenden konzeptionellen Grundlagen ausgestattet werden, um eine kontinuierliche und effektive Integrationsarbeit zu ermöglichen, die in der gemeinsamen Erarbeitung eines Konzeptes mündet.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

15/SVV/0800

öffentlich

Betreff:

Berücksichtigung von Vorbereitungsklassen bei der Planung/Errichtung von Schulneubauten

Einreicher: Fraktion CDU/ANW, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Erstellungsdatum	03.11.2015
	Eingang 922:	

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
02.12.2015	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bei der Planung/Errichtung neuer Schulstandorte in der Landeshauptstadt Potsdam Räumlichkeiten für Vorbereitungsklassen für aus dem Ausland zugezogene Kinder und Jugendliche zu berücksichtigen. Die Berichterstattung möge im Rahmen der regulären Berichte zum Schulentwicklungsplan erfolgen.

gez.
Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Im Moment werden in allen Planungen zum Schulentwicklungsplan (SEP) und den damit verbundenen Schulneubauten schulpflichtige geflüchtete Kinder nicht bedacht. Wir dürfen diese Entwicklungen - die bei der Aufstellung des SEP so nicht absehbar war - nicht ausblenden, denn der Zustrom wird auf absehbare Zeit nicht weniger. Die Schaffung der erforderlichen Schulplätze ist - auch ohne die schulpflichtigen Flüchtlingskinder - bereits eine Herausforderung für Potsdam. Insbesondere bei Neubauprojekten ist deshalb eine bestimmte Raumkapazität pro Standort (Vorbereitungsklasse), bereits bei der Planung/Errichtung zu berücksichtigen. Zudem sollte mit dem Land eine Anpassung der Raumbedarfsempfehlung des MBSJ erörtert werden.